

B-Modul:

31851 Europäische
Wirtschaftspolitik

Liebe Studierende,

die vorliegende "Leseprobe" soll Ihnen einen Einblick in das Modul „**31851 Europäische Wirtschaftspolitik**“ ermöglichen.

Das **B-Modul „31851 Europäische Wirtschaftspolitik (6SWS)“** besteht aus den folgenden Kursen:

41830 Geldpolitik (3 SWS)

Kurseinheit 1 Theorie der Geldpolitik

Kurseinheit 2 Die Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion

41831 Europäische Integration (3 SWS)

Kurseinheit 1 Europäische Integration

Kurseinheit 2 Übungen zur Europäischen Integration

Die folgenden Seiten sind dem Kurs „**41831 Europäische Integration**“ entnommen.

2. Teil:

Wirtschaftstheoretische Grundlagen

III. Analyse der ökonomischen Effekte einer Währungsunion

Es geht in diesem Kapitel darum, die Chancen und Risiken einer Währungsunion im Allgemeinen und der EWWU im Besonderen abzuwägen, und zwar in der Form, dass die oben erläuterten Hoffnungen und Befürchtungen wirtschaftstheoretisch hinterfragt werden. Dementsprechend sind die zentralen (ersten vier) Abschnitte dieses Kapitels überschrieben mit

- Wohlfahrtseffekte
- Wachstumseffekte
- Stabilitätseffekte
- entwicklungspolitische Effekte.

Das grundsätzliche Ergebnis der dortigen Betrachtungen lässt sich wie folgt zusammenfassen: Wachstumseffekte sind durch die Einführung einer Währungsunion zu erwarten. Allerdings bleibt die Frage offen, ob es wirklich zu dem erhofften *andauernden* Wachstumsschub kommt. Die Inflationsbefürchtungen der Niedriginflationländer sind - auch und insbesondere im Lichte der modernen Makroökonomie betrachtet - begründet. Ebenso lässt sich eine Tendenz zu einer durch eine Währungsunion ausgelösten Entwicklungsangleichung wirtschaftstheoretisch untermauern - allerdings nur bei günstigen, wirtschaftspolitisch beeinflussbaren Rahmenbedingungen. Insgesamt ist festzustellen, dass unterschiedliche Ländergruppen unterschiedlich betroffen werden (siehe in Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels). Dabei spielt auch die Zeitstruktur eine entscheidende Rolle.

So ist nicht auszuschließen, dass die Erwartungen der Befürworter bezüglich einer *allseitigen* makroökonomischen Wohlstandssteigerung auf die mittlere bis längere Frist eintreffen. Ob und inwieweit sie sich allerdings wirklich realisieren lassen, hängt von der vorherigen Schaffung bestimmter institutioneller Voraussetzungen ab. Insofern kann man auch sagen, dass eine wirtschaftstheoretisch fundierte Einschätzung der Chancen und Risiken einer Währungsunion nur bei gleichzeitiger politökonomischer Analyse oder Institutionenanalyse sinnvoll durchführbar ist. Von daher behandelt ja auch der 3. Teil dieses Kurses zentral die wirtschaftspolitisch-institutionellen Grundlagen für eine Realisierung der erhofften Wachstums- und Entwicklungseffekte und für eine Vermeidung der befürchteten Inflationsentwicklung. Nichtsdestoweniger erscheint es aus analytischen Gründen sinnvoll, zunächst einige allgemeine wirtschaftstheoretische Betrachtungen und Analysekonzepte darzustellen, mit Hilfe derer die erhofften/befürchteten ökonomischen Auswirkungen begründet werden können. Dies soll in diesem 2. Teil geschehen. Anschließend wird dann im 3. Teil die Abhängigkeit oder Sensitivität dieser allgemeinen Aussagen von den wirtschaftspolitisch-institutionellen „Rahmenbedingungen“ aufgezeigt.

1. Wohlfahrtseffekte – „Theorie optimaler Währungsräume“ und Heterogenität in der EU

Die „Theorie optimaler Währungsräume“ wurde in den 60er Jahren entwickelt, um zu bestimmen, unter welchen Bedingungen Länder einen „optimalen Währungsraum“ bilden.¹⁴ Dies ist im Kontext mit der damaligen Auseinandersetzung zwischen Verfechtern fester und flexibler Wechselkurse zu sehen. Die Hauptargumente für flexible Wechselkurse waren, dass Wechselkursänderungen erstens eine weniger kostspielige Methode seien, um Leistungsbilanzungleichgewichte zu korrigieren, und zweitens den Ländern ermöglichten, eine unabhängige makroökonomische Politik zu betreiben, d.h., sich für unterschiedliche Inflationsraten zu entscheiden. Der Ansatz der „Theorie optimaler Währungsräume“ arbeitet mit einem impliziten Stabilisierungsrahmen und stellt die Frage nach asymmetrischen und alternativen Anpassungskanälen bei externen Schocks. Entsprechend der „Theo-

¹⁴ Zu den Begründern der Theorie gehören Mundell (1961), McKinnon (1963) und Kenen (1969).

rie optimaler Währungsräume“ wird eine Währungsunion in der Regel nur dann wohlfahrtssteigernd wirken, wenn die an ihr beteiligten Staaten bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So werden in der Literatur als die wichtigsten Kriterien für eine optimale Währungsunion angeführt:^{15 16}

- (a) ein hoher Grad an Faktormobilität (Mundell 1961),
- (b) ein hoher Grad an Offenheit (McKinnon 1963),
- (c) Produktdiversifizierung (Kenen 1969),
- (d) finanzielle Integration (Ingram 1973),
- (e) Ähnlichkeit der Inflationsraten (Haberler 1970),
- (f) Integration der Wirtschaftspolitik (Tower und Willett, 1970).

Zu (a):

Es gilt: je mobiler die Arbeitskräfte und das Kapital in einem Währungsraum sind, desto geringer sind die Kosten einer Währungsunion. Faktormobilität kann als ein Ersatz für Preis- und Lohnflexibilität bei der Aufgabe der Schockabsorption angesehen werden (siehe näher den Anhang E-III in Abschnitt 3.3 des vorliegenden Kapitels).

Zu (b):

Der Offenheitsgrad der beteiligten Volkswirtschaften wird von McKinnon definiert als das Verhältnis von handelbaren zu nichthandelbaren Gütern und steht in einem inversen Verhältnis zur Größe einer Volkswirtschaft. Das Kriterium des Offenheitsgrades zielt darauf, dass Länder, die handelsmäßig stark verflochten sind, auf auseinander laufende Wirtschaftspolitiken verzichten, wobei kleinere Länder zu Gunsten großer Länder nachgeben. Je größer der Offenheitsgrad, desto geringer sind somit die Kosten des Verlusts nationaler Geldpolitik insbesondere für kleinere Länder.

¹⁵ Ausgangspunkt ist dabei jeweils eine unvollkommene Lohn- und Preisflexibilität (siehe hierzu auch den Anhang E-III in Abschnitt 3.3 des vorliegenden Kapitels).

¹⁶ Für einen Überblick über die Entwicklung der „Theorie optimaler Währungsräume“ mit Bezug auf die Europäische Währungsunion s. z.B. Mongelli (2002). Durch die Realisierung einer Europäischen Wirtschaftsunion sind die Kriterien b) und f) erfüllt und die gesetzliche Voraussetzung für a) geschaffen. Kriterium e) wird durch die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages eingefordert (siehe im 3. Teil dieses Kurses).

Zu (c):

Es wird davon ausgegangen, dass Länder mit einem stark diversifizierten Exportprofil eher unempfindlich auf außenwirtschaftliche Störungen reagieren, da sich einzelne, sektorspezifische Nachfrage- oder Technologieschocks dann weniger stark auf die Gesamtexporte eines Landes auswirken. Der Druck auf den Wechselkurs wird dadurch verringert oder entfällt. Länder mit großer Produktdiversifizierung sind somit besser für eine Währungsunion geeignet.

Zu (d):

Leistungsbilanzungleichgewichte, die z.B. durch Nachfrageverschiebungen entstanden sind, können durch entgegengesetzte Kapitalverkehrsbilanz-Bewegungen kompensiert werden, was allerdings eine hinreichend starke Integration der Finanzmärkte der beteiligten Regionen voraussetzt. Der so zustandekommende Ausgleich der Zahlungsbilanz macht eine Wechselkursänderung überflüssig.

Zu (e):

Andauernde Inflationsunterschiede vermindern die internationale Wettbewerbsfähigkeit in den stärker inflationären Volkswirtschaften. Hierdurch entstehende Leistungsbilanzdefizite können nur mit Hilfe einer Wechselkursänderung und/oder handelshemmender Maßnahmen beseitigt werden.

Zu (f):

Eine Währungsunion impliziert eine vollständige Integration der Geldpolitiken und auch eine teilweise Angleichung der Fiskalpolitiken (siehe Abschnitt IV. 2). Der Verzicht auf eine eigenständige Wirtschaftspolitik fällt dabei umso leichter, je homogener die Präferenzen der beteiligten Volkswirtschaften sind, insbesondere bezüglich der Inflationsbekämpfung.

Problematisch an der klassischen Formulierung der „Theorie optimaler Währungsräume“ ist, dass sie nicht präzisiert, wie die unterschiedlichen Kriterien gewichtet werden sollen bzw. wie sie eindeutig empirisch gemessen werden können.

Man ist daher dazu übergegangen, die obigen Kriterien als Ansatzpunkte für eine Kosten-Nutzen-Analyse heranzuziehen. Daran gemessen lässt sich dann der Grad der Heterogenität oder „Sub-Optimalität“ einer Währungsunion - abhängig von ihrer Größe/Mitgliederbeteiligung - versuchsweise

bestimmen. Die Ergebnisse bisheriger Studien für Europa lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:¹⁷

- Der nun schon seit einem Vierteljahrhundert integrierte Handel ist immer noch in geografischen Häufungen konzentriert: So gibt es einen skandinavischen Block, eine osteuropäische Kette, ein zentrales Dreieck und ein südeuropäisches Viereck. Die Handelsintensität innerhalb der Blöcke ist recht hoch, während die Handelsintensität zwischen den Blöcken eher niedrig ist.
- Lokale Schocks dominieren europäische oder weltweite.
- Der Konjunkturzyklus in europäischen Ländern wird immer noch von lokalen Faktoren dominiert.
- Die vorherrschenden Politikregime und die dahinter stehenden Präferenzen unterscheiden sich immer noch beträchtlich zwischen den europäischen Ländern.
- Die Arbeitskräftemobilität ist gering
- Der Offenheitsgrad zwischen innerhalb der EU ist relativ hoch.
- Der Grad der Produktdiversifizierung ist ebenfalls relativ hoch innerhalb der EU.
- Die Finanzmarktintegration ist derzeit geringer als bspw. in den USA, sie hat jedoch in den letzten Jahren zugenommen.
- Die Inflationsraten haben sich im Vorfeld der Euroeinführung stark angenähert, zeigen seitdem jedoch einige stärkere Schwankungen.
- Im Zuge der fortgeschrittenen EU-Integration haben sich die politischen Präferenzen ebenfalls angenähert.

Dem stehen natürlich die Kosten strategischen Verhaltens bei flexiblen Wechselkursen in Form der internationalen Spillover-Effekte oder Externalitäten gegenüber, die man durch eine Währungsintegration abzubauen/zu internalisieren sucht. Angesichts dessen ist es auch nicht verwunderlich, dass gerade die Pioniere der „Theorie optimaler Währungsräume“ - wie

17 Vgl. Mongelli (2002).

Mundell und McKinnon - heute große Verfechter einer *Wechselkursfixierung in nicht-optimalen Währungsräumen* (zumindest zwischen den größeren Industrienationen) sind.

2. Wachstumseffekte

2.1. Wachstumseffekte des Binnenmarkts (der Wirtschaftsunion)¹⁸

Es wird davon ausgegangen, dass durch den Binnenmarkt Kostensenkungen und Nachfragesteigerungen induziert werden. Dies wiederum führt zu Produktionssteigerungen und damit zu einem Wachstumsschub.

Kostensenkungen können von folgenden mit der Einführung eines Binnenmarkts einhergehenden Entwicklungen abgeleitet werden:

- vom Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse (hierzu zählen hauptsächlich: Importkontingente; unterschiedliche Standards, insbesondere Ausbildungs-, Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards; Subventionen, insbesondere Agrarsubventionen),
- vom Wegfall der Grenzabfertigungen und des damit verbundenen bürokratischen Aufwands (für private Akteure wie für den Staat),
- von der stärkeren Konkurrenz zwischen den Unternehmen der verschiedenen EU-Staaten, wodurch z.B. die Beschaffungskosten bei öffentlichen Aufträgen gesenkt werden,
- von den durch den verstärkten Wettbewerb ausgelösten Anreizen oder Zwängen zu verstärkter Produktivitätssteigerung,
- von Skalenerträgen, bedingt durch die Vergrößerung des Absatzmarktes für die Unternehmen, die zu kostengünstigerer Produktion führen (da der Fixkostenanteil einer hergestellten Produktein-

¹⁸ Ich unterscheide hier nicht explizit zwischen Binnenmarkt und Wirtschaftsunion (siehe hierzu im 1. Teil oben), da historisch gesehen die Vollendung des Gemeinsamen oder Binnenmarkts in der EG mit dem Entschluss zur Bildung einer Wirtschaftsunion einherging. Rein systematisch lässt sich der Unterschied einer Wirtschaftsunion gegenüber einem Gemeinsamen Markt durch die (stärkere) Politikkoordinierung ausdrücken.

heit abnimmt),

- vom Wegfall der Beschränkungen für grenzüberschreitende finanzielle Transaktionen, so dass das Kapital ungehindert in die Verwendung mit der höchsten Rentabilität fließen kann (Effizienzgewinne).

Nachfrage- und Einnahmen-steigernde Wirkungen werden durch folgende erwartete Entwicklungen begründet:¹⁹

- eine Kaufkraftsteigerung bestehenden Nominalvermögens, bedingt durch Preissenkungen, die auf Grund der oben erwähnten Kostensenkungen und des stärkeren Wettbewerbs ausgelöst werden (C und I steigen),
- steigende Exporterlöse auf Grund der verbesserten Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt, die durch die beschriebene erzwungene Preissenkung und Produktivitätssteigerung entsteht (EX oder NX steigt),
- Vergrößerung des Spielraums für die Fiskalpolitik des Staates ohne Neuverschuldung auf Grund der oben beschriebenen Kostensenkungen und der durch die vorherigen Wirkungen beschriebenen implizierten Steuer(einnahmen)steigerungen (G steigt tendenziell, und zwar im Durchschnitt des Konjunkturverlaufs).
- Nachfragesteigerung bei gleichzeitiger Kostensenkung bewirkt einen Anstieg der Gewinne aus Investitionen und damit auch einen Produktionsanstieg. Dies wird im Modellanhang E-I in Abschnitt 2.5 des vorliegenden Kapitels kurz veranschaulicht.

2.2. Wachstumseffekte einer Währungsunion

Nicht nur dem Binnenmarkt, sondern auch der Einführung einer einheitlichen Währung wird eine positive Wachstumswirkung auf der Grundlage

¹⁹ Zu den gebrauchten Symbolen:

C = Konsumnachfrage

I = Investitionsnachfrage

EX = Exportnachfrage (NX = Nettoexporte)

G = Staatsnachfrage.

Die Gesamtnachfrage ist die Summe dieser vier Teilnachfragen.

erwarteter Kostensenkungen und Nachfragesteigerungen zugeschrieben.

Kostensenkungen sind auf Grund der folgenden Entwicklungen innerhalb einer Währungsunion zu erwarten:

- Verschwinden der Wechselkursunsicherheit, so dass die Kosten entfallen, die nur zum Umgang mit dem Wechselkursrisiko aufgewendet wurden. Im Einzelnen sind dies
- Kurssicherungskosten bei Transaktionen zwischen den Mitgliedsländern,
- Kosten durch den durch Wechselkursunsicherheiten bedingten Zinsaufschlag. Ein solcher Zinsaufschlag symbolisiert die durchschnittliche Unsicherheit des Kapitalmarktes,
- Kosten in Folge von spekulativen Kapitalbewegungen, die von erwarteten Wechselkursänderungen ausgelöst werden,
- Einsparung von Transaktionskosten auf Grund des Wegfalls der Währungsumtauschkosten zwischen den Mitgliedsländern,
- Steigerung der Markttransparenz, da die Produktpreise nur mehr in einer Währung ausgezeichnet werden. Dies stärkt den Wettbewerb und senkt tendenziell die Preise.
- im Rahmen der EWWU: Bedeutungsgewinn des Euro als internationale Währung und somit weitere Einsparungen bei den Transaktionskosten im Handel mit Drittstaaten (außerhalb der EU).²⁰

Nachfrage- und Einnahmen-steigernde Wirkungen werden durch die gleichen erwarteten Entwicklungen wie im obigen Fall einer Binnenmarkteinführung sowie durch den Wegfall des durch Wechselkursunsicherheiten bedingten Risikoaufschlags begründet.

Auch hieraus ergibt sich natürlich wieder die Schlussfolgerung von Produktionssteigerungen, die durch eine Währungsunion bedingt werden. Wirtschaftstheoretisch kann man dies in unterschiedlicher Weise noch tiefer fundieren: Nachfragetheoretisch ist dies zum Beispiel im Kontext der traditionellen Makroökonomie möglich mit Hilfe des IS-LM-Analyseapparates. Siehe hierzu die modellmäßige Erläuterung in Abschnitt E-II des Modell-

²⁰ Außerdem würde es zusätzliche Einnahmen aus internationaler Seigniorage (Geldschöpfungsgewinne, siehe näher in Abschnitt 2 unten) mit sich bringen.

anhangs in Abschnitt 2.5. Angebotstheoretisch kann man Produktionssteigerungen zum Beispiel aus der traditionellen Wachstumstheorie ableiten. Dies wird zur Veranschaulichung im Anhang E-III skizziert.

2.3. Vorübergehender versus andauernder Wachstumsschub

Die eben abgeleiteten positiven Produktionseffekte symbolisieren einen Wachstumsschub, wenn auch zunächst nur einen vorübergehenden. Davon ist ein durch die EWWU- implizit erhoffter *andauernder* Wachstumsschub zu unterscheiden. Vorübergehende Wachstumseffekte stellen einen geringeren Anreiz für institutionelle Innovationen dar als andauernde Wachstumseffekte. Institutionelle Innovationen verursachen selbst beträchtliche Installierungskosten. Die Hoffnung auf andauernde Wachstumseffekte einer Währungsunion wurde wie im 1. Teil schon kurz erwähnt insbesondere durch die Neue Handels- und Wachstumstheorie genährt. Dort wird vor allem auf induzierte Lerneffekte und die „Öffentliches-Gut“-Eigenschaft des akkumulierten Wissens rekurriert, die die durch einen Binnenmarkt und eine einheitliche Währung induzierte Absatzsteigerung und Kostensenkung verstärken sollen. Charakteristikum der Neuen Wachstumstheorie ist, dass sie technischen Fortschritt, der bereits in der traditionellen Wachstumstheorie als einziger Faktor, der andauerndes Wachstum ermöglicht, erkannt wurde, modellendogen erklärt. Die Neue Wachstumstheorie lässt sich in zwei Grundzweige einteilen. Der eine Zweig basiert auf Modellen des Learning-by-doing und sieht technischen Wandel als ein nichtintendiertes Nebenprodukt der Güterproduktion an. Die dabei verwendeten Lernmodelle haben Faktoren im Blickpunkt, die den Anreiz, verschiedene Güterarten zu produzieren, beeinflussen - wie z.B. das Muster des komparativen Vorteils. Der andere Grundzweig der Neuen Wachstumstheorie baut auf Modellen der „Erfindung“ auf und betrachtet technischen Wandel als einen kostspieligen und wohl überlegten Prozess. Die Modelle der Erfindung – auch Modelle der Forschung und Entwicklung genannt – konzentrieren sich dabei auf Faktoren, die den Anreiz, bewusst zu erfinden, beeinflussen, wie z.B. den institutionellen Rahmen und die Marktgröße.

Im Folgenden soll anhand der beiden zentralen Ansätze innerhalb der Neuen Wachstumstheorie aufgezeigt werden, wie sich ein andauernder Wachstumsschub aus einer Wirtschafts- und einer Währungsunion ableiten

lässt.²¹

Wirtschaftsunion und andauernder Wachstumsschub:

Die Argumentationskette im Rahmen der Erfindungsmodelle verläuft wie folgt:

Annahmegemäß wird andauerndes Wirtschaftswachstum durch technischen Fortschritt ermöglicht. Technischer Fortschritt selbst ist das Ergebnis von erfolgreichen Forschungsinvestitionen, also von neuen Erfindungen. Er wird entweder über die Anzahl verschiedener Produktvarianten oder über eine verbesserte Produktqualität modelliert. Forschungsinvestitionen sind ökonomische Aktivitäten, die von Rentabilitätskalkülen abhängig sind, d.h. von Ertrags- und Kostenüberlegungen der innovativen Unternehmer. Da Forschungsinvestitionen nur mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zu einer erfolgreichen Erfindung führen, sind sie mit hohen Fixkosten verbunden. Eine Vergrößerung des Marktes in Folge einer Wirtschaftsunion erhöht daher aufgrund von Skaleneffekten die Profitabilität von Erfindungen. Als Folge nehmen der technische Fortschritt und damit das Wirtschaftswachstum zu.

²¹ Auf eine ausführlichere Modelldarstellung wird an dieser Stelle verzichtet und auf Wagner (1997) verwiesen.